



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Tiefwasserhafen JadeWeserPort in Wilhelmshaven wird mit jedem Tag ein Stück mehr Wirklichkeit. Nach jetzigem Planungsstand ist mit einer Inbetriebnahme erster Teile des Hafens im November 2011 zu rechnen. Für die erwarteten vielen Güterverkehre vom und zum JadeWeserPort ist eine Verkehrsinfrastruktur notwendig, die einen zügigen Gütertransport gewährleistet. Eine entsprechende Anbindung an das Schienennetz ist unerlässlich: die Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven muss zweigleisig, elektrifiziert und mit Lärmschutzmaßnahmen gebaut werden, inklusive der Bahnumgehung von Sande. Dies hatte Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) und die Deutsche Bahn AG bereits mehrfach auch schriftlich und verbindlich zugesagt. Offenbar sollen diese Zusagen nicht mehr gelten.

Ministerpräsident Christian Wulff hat deshalb in einem Gespräch mit dem neuen Bahnchef Grube noch einmal auf eine bedarfsgerechte Fertigstellung der Bahnstrecke bis 2012 gedrungen. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben zudem gegenüber dem Bundesverkehrsministerium und der DB AG klargestellt, dass wir von der Einhaltung der bereits gemachten Zusagen ausgehen. Gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise ist das Verhalten des Bundes und der DB AG nicht zu verstehen. Wir bleiben am Thema dran.

Eine unterhaltsame und interessante Lektüre wünscht Ihnen

Parlamentarischer Geschäftsführer

## Erklärung der CDU-Fraktion zum Gedenken an den 17. Juni 1953



CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister überreicht der DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier die Erklärung zum Gedenken an den 17. Juni 1953.

Die CDU-Landtagsfraktion hat einstimmig eine Erklärung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 beschlossen.

„Bei der blutigen Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 starben mindestens 50 Menschen. Hunderte wurden verletzt, über 8.000 Demonstranten festgenommen und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen und zur Zwangsarbeit verurteilt. Der real existierende Sozialismus hat an diesem Tag gezeigt, dass sich Freiheit und Sozialismus ausschließen. Der 17. Juni mahnt uns, dass ohne freie Meinungsäußerung und ohne soziale Marktwirtschaft keine Demokratie lebensfähig ist.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag weist den Versuch verschiedener linker Parteien und Altkader der DDR

entschieden zurück, den Diktaturcharakter des politischen Systems der DDR und die fundamentalen Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verschleiern. Die SED hat mit der DDR einen Unrechtsstaat errichtet, der dem Zweck diene, unter Ausschluss grundlegender rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien ihre Parteidiktatur abzusichern.

Aus Anlass des 17. Juni 2009 und aus Anlass des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Deutschland hat sich die CDU-Landtagsfraktion im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung mit der Bürgerrechtlerin Freya Klier am 15. Juni 2009 für einen Umgang mit der jüngsten Geschichte unseres Landes ausgesprochen, der von Ehrlichkeit geprägt und an

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

den Grundwerten des Demokratischen Verfassungsstaates orientiert ist. Auch die SED-Diktatur muss klar als solche bezeichnet werden. Wir bedauern, dass auch zunehmend Politiker der SPD sich an der Verharmlosung der DDR beteiligen. Wir setzen uns ein für eine entschlossene und umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird sich in der Zukunft vehement dafür einsetzen, dass das Thema „DDR und SED-Diktatur“ elementarer Bestandteil des Geschichtsunterrichts wird. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Orte der Erinnerung an das SED-Unrecht erhalten bleiben und somit zur politischen Bildung genutzt werden. Nie wieder dürfen Anhänger kollektivistischer Ideologien – wie sie auch von Politikern der Linken vertreten werden – die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben.“

### Landespolitik in Kürze

- Der Niedersächsische Landtag hat einem fraktionsübergreifendem Vorschlag CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen zugestimmt, Kinderrechte in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen. Als Dank dafür überbrachte ein Kinderchor aus Hannover Landtagspräsident Herrmann Dinkla und Ministerpräsident Christian Wulff ein Ständchen.



## Niedersächsischer Landtag beschließt Gesetz zur Einführung der erhöhten Finanzhilfepauschale für Plätze unter Dreijähriger in Kindertagesstätten



Der Niedersächsische Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP die erhöhten finanziellen Zuschüsse zum Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder auf eine rechtliche Grundlage gestellt.

Die CDU-Abgeordnete Astrid Vockert betonte in der Debatte, dass das Land bis zum Jahre 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Platz in einer Kindertagesstätte oder Kindertagespflege schaffen wolle. Nachdem sich das Land und die kommunalen Spitzenverbänden im Oktober 2008 über die grundsätzliche Aufteilung der Betriebskosten geeinigt hätten, sei es nun notwendig gewesen, diese Einigung auch rechtlich abzusichern.



Foto: Picture-alliance

Astrid Vockert sagte: „Mit der gesetzlichen Regelung der Aufteilung der Finanzkosten erhalten alle Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit. Mit dem Gesetz sichern wir den Ausbau von zusätzlichen 45.000 neuen Plätzen in Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege. Das ist ein weiterer großer Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.“

## Heinz Rolfes: „Schuldenbremse ist Wendepunkt in der Haushaltspolitik“



Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Heinz Rolfes hat den Beschluss des Bundesrates

begrüßt, mit der nun endgültig der Weg frei gemacht wurde für eine Schuldenbremse im Grundgesetz:

„Der 12. Juni 2009 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der öffentlichen Haushaltspolitik. Die Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zeugen von der Verantwortung, die die Politik für die nachfolgenden Generationen hat. Das Recht der Landesregierung zur Haushaltsaufstellung bleibt von der Schuldenbremse unberührt. Das Land kann ab 2020 nur noch das Geld ausgeben, das es einnimmt. Nicht die Schuldenbremse schränkt Handlungsspielräume ein, sondern das Schuldensmachen. Mit dem Beschluss werden auch die Investitionen aus dem Konjunkturpaket II auf eine sichere Grundlage gestellt. Damit sind alle Unklarheiten beseitigt.“

### Die Schuldenbremse

Geplante Schuldenbegrenzung, die im Grundgesetz verankert werden soll (Eckpunkte). Zustimmung des Bundesrats steht noch aus

#### Hilfen für hoch verschuldete Länder

800 Mio. Euro/Jahr, von 2011 bis 2019, insges. 7,2 Mrd. Euro

50 %

vom Bund

50 %

v. d. Ländern

betroffen: Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein

#### Neuverschuldung

**Bund:** ab 2016 max. 0,35 % der Wirtschaftsleistung (BIP)

**Länder:** schrittweise Reduzierung auf 0 bis zum Jahr 2020

**Ab 2020:** absolutes Neuverschuldungsverbot

**Ausnahmen:** Not- und Katastrophenzeiten, Wirtschaftskrisen

dpa•10914

Foto: Picture-alliance

## Personalentscheidungen in der CDU-Landtagsfraktion

### Dank an Dr. Bernd Althusmann

Die Niedersächsische Landesregierung hat Dr. Bernd Althusmann zum Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium ernannt. Daher hat er am 16. Juni 2009 auf seinen Sitz im Niedersächsischen Landtag verzichtet.

Bei der Verabschiedung in der Fraktion würdigte CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister die Verdienste von Dr. Bernd Althusmann:

„Die CDU-Fraktion dankt Dr. Bernd Althusmann für die engagierte, stets freundschaftliche und zielorientierte Zusammenarbeit seit seiner Wahl in den Landtag 1994. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion hat er seit 2003 maßgeblich zum Erfolg der Koalition von CDU und FDP beigetragen.

Zugleich sind wir uns sicher, dass er sein erfolgreiches Wirken und sein Können in seiner neuen Funktion unvermindert für unser Land und für die Menschen fortsetzen wird.“

### Folglich musste die Fraktion wichtige Personalentscheidungen treffen:

1. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion ist Björn Thümler. Der 38-jährige Abgeordnete aus Berne (Landkreis Wesermarsch) bleibt zudem stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Häfen und Schifffahrt.

Björn Thümler ist verheiratet und hat nach dem Wehrdienst Geschichte und Politikwissenschaft studiert. In den Jahren 1994/95 war er ehrenamtlicher Geschäftsführer der Sozialstation Stedingen. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter war er von 1994 bis 1998 für die CDU-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Kors und von 2000 bis zur Wahl in den Landtag am 4. März 2003 für die CDU-Bundestagsabgeordneten Erich Maaß und Manfred Carstens tätig.

Björn Thümler ist stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oldenburg.

2. Der CDU-Abgeordnete Reinhold Hilbers aus Wietmarschen (Landkreis Graftschaft Bentheim) ist neuer haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Der 44-jährige Diplomkaufmann ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach einer Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann und dem Grundwehrdienst hat Reinhold Hilbers Betriebswirtschaft studiert.

In den Jahren 1991/92 war er zunächst bei der Firma Georg Utz GmbH in Schüttorf tätig und sodann von 1993 bis 1999 bei der Volksbank Lingen eG unter anderem im Kreditgeschäft. Von 1999 bis zur Wahl in den Niedersächsischen Landtag am 4. März 2003 war Reinhold Hilbers Verwaltungsleiter der Lebenshilfe Nordhorn gGmbH. Er ist Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Graftschaft Bentheim.

3. Die CDU-Fraktion hat den Abgeordneten Christoph Dreyer aus Laatzen (Region Hannover) als neues Mitglied für den Ausschuss für Haushalt und Finanzen benannt.



4. Neues Mitglied der CDU-Landtagsfraktion ist Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann. Sie betreut den Wahlkreis Salzgitter.



CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister (2.v.l.) würdigte die Verdienste von Herrn Dr. Bernd Althusmann (r.) und stellte mit Björn Thümler (2. v.r.) den neuen Parlamentarischen Geschäftsführer sowie den neuen haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Reinhold Hilbers (links) vor.

David McAllister gratulierte allen Beteiligten und freut sich auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

## Bernd Busemann und Ulf Thiele: „Einigung zwischen Meyer- Werft und Umwelt- verbänden ist ein Erfolg der Landesregierung“

Die zwischen der Papenburger Meyer-Werft und den Umweltverbänden erzielte Einigung über die Schiffsüberführungen auf der Ems und über Maßnahmen zur Verbesserung der Wassergüte des Flusses haben der CDU-Abgeordnete für das nördliche Emsland, Justizminister Bernd Busemann, und der CDU-Abgeordnete für den Landkreis Leer, Ulf Thiele, sehr gelobt:

„Mit dieser historisch einmaligen Einigung endet ein jahrzehntelanger Streit. Erstmals ist es gelungen, eine solche Vereinbarung zu erreichen, die Umwelt- und Wirtschaftsinteressen an der Ems gleichrangig unter einen Hut bringt. Das ist ein großer Erfolg der Landesregierung von CDU und FDP und insbesondere von Ministerpräsident Christian Wulff. Dank gilt auch den Umweltverbänden, die mit ihrer Zustimmung den Bestand der Meyer-Werft anerkennen und damit tausende von Arbeitsplätzen in der Ems-Region sichern helfen. Zugleich ist zu begrüßen, dass die Meyer-Werft Rücksicht auf die sensiblen Umweltbedingungen an der Ems nimmt. Die Einigung zeigt: Umweltschutz und Wirtschaft sind keine Gegensätze.“



Foto: Picture-alliance

## Landespolitik in Kürze

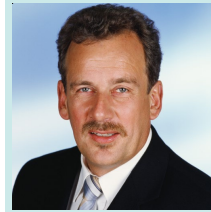
- Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann stattet zum Schuljahr 2009/2010 landesweit 123 weitere Grundschulen mit einem sonderpädagogischen Förderangebot aus. Dafür stellt das Land 2 Mio. Euro bereit. Bereits jetzt gibt es an rund 600 von 1800 Grundschulen eine solche Förderung. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen so wohnortnah und frühzeitig unterstützt werden, um sie im allgemeinen Schulsystem halten zu können. Dies ist ein weiterer Schritt zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

\* \* \*

- Im Sinne klimaverträglicher, energiesparender und bezahlbarer Verkehre plädieren die Fraktionen von CDU und FDP dafür, Fahrzeuge mit Elektroantrieb (Elektromobilität) weiter zu fördern. Nach Ansicht des CDU-Verkehrsexperten Axel Miesner kann gerade Niedersachsen als Automobilstandort davon profitieren: „Unser Land ist stark von der Automobilindustrie geprägt. Um zukunfts- und wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sich Industrie, die Forschung und die Politik mit den Fragen der Elektromobilität beschäftigen. Die Entwicklung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb kann einen Beitrag leisten, die Klimaschutzziele zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im öffentlichen Verkehr und bei der privaten Kfz-Nutzung weiter zu reduzieren.“

Die Koalitionsfraktionen haben nun entsprechende Vorschläge erarbeitet, mit denen die führende Rolle Deutschlands und Niedersachsens in der Automobilindustrie sowie der Energietechnik weiter behauptet und ausgebaut werden können. Niedersachsen ist in diesem Bereich bereits ein attraktiver Standort. So wurde die Region Bremen/Oldenburg für das Förderprogramm „Modellregionen Elektromobilität“ ausgewählt.

## „Der Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegenzutreten“



Die Fraktionen von CDU und FDP setzen sich dafür ein, dass die niedersächsischen Polizeibeamten effektiv vor Gewalt und Verletzungen geschützt werden. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen befasst sich der Innenausschuss nun mit einem Antrag, um mit verschiedenen Maßnahmen der gestiegenen Gewalt konsequenter entgegenzutreten.

So soll unter anderem geprüft werden, inwieweit der vorhandene rechtliche Rahmen ausreichend ist, um die verschiedenen Fälle von Gewalt strafrechtlich verfolgen zu können. Zudem sollen die Polizeibeamten durch eine weitere und verbesserte persönliche Ausstattung und Fortbildung geschützt werden. Neue Ansätze für einen größeren Schutz soll darüber hinaus eine gemeinsame Studie der Landesregierung, des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen und des Landeskriminalamtes über die quantitative und qualitative Entwicklung von Gewalt gegen Polizisten bringen.

Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion Johann-Heinrich Ahlers erklärte: „Seit 2001 haben gewalttätige Handlungen gegenüber unseren Polizisten um 60 % zugenommen. Diese Respektlosigkeit nehmen wir nicht hin. Unsere Polizisten sind keine Prügelknaben. Daher ist es notwendig zu prüfen, ob der rechtlichen Rahmen noch ausreicht oder ob schärfere Strafvorschriften zu mehr Sicherheit führen können.“

Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion Johann-Heinrich Ahlers erklärte: „Seit 2001 haben gewalttätige Handlungen gegenüber unseren Polizisten um 60 % zugenommen. Diese Respektlosigkeit nehmen wir nicht hin. Unsere Polizisten sind keine Prügelknaben. Daher ist es notwendig zu prüfen, ob der rechtlichen Rahmen noch ausreicht oder ob schärfere Strafvorschriften zu mehr Sicherheit führen können.“

## CDU-Landtagsfraktion gratuliert Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler zu den ersten vier Monaten im Amt

CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister hat in einer Aktuellen Stunde im Niedersächsischen Landtag Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) zur Bilanz nach seinen ersten vier Monaten im Amt gratuliert: „Philipp Rösler hat das Amt des Wirtschaftsministers in der schwierigen Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise übernommen.

Dank seiner freundlichen, verbindlichen und kompetenten Art hat er sich im Land und insbesondere bei Arbeitnehmern und Arbeitgeber bereits ein hohes Ansehen erworben. Gemeinsam mit Ministerpräsident Christian Wulff, der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen hat der Wirtschaftsminister maßgeblichen Anteil daran, dass richtige und wichtige Maßnahmen in dieser nicht einfachen Zeit auf den Weg gebracht worden sind. So wurde

- die Initiative Niedersachsen im Rahmen des Konjunkturpakets II entrichtet,
- die Förderkulisse verbessert, der Mittelstand weiter unter-

stützt,

- die Qualifizierungsoffensive gestartet,
- der Ausbildungspakt fortgesetzt,
- die Eisenbahninfrastruktur ausgebaut,
- weitere Ortsumgehungen geplant und
- die Luft- und Raumfahrtinitiative Niedersachsen Aviation gestartet.

Diese und viele Bereiche zeigen: die Landesregierung trägt aktiv dazu bei, die Wirtschaft in Niedersachsen zu stabilisieren und gleichzeitig gute Wachstumsbedingungen für morgen zu schaffen.

Unverständlich ist dagegen die Kritik aus den Reihen der SPD-Landtagsfraktion. Offenbar ist sie nicht in der Lage, ein eigenes wirtschaftspolitisches Konzept zu erarbeiten. Wer wie die SPD das Land schlecht redet, muss sich nicht wundern, wenn er weiterhin schlechte Wahlergebnisse einfährt.“



Foto: Picture-alliance

*Bilanz nach vier Monate als Wirtschaftsminister: David McAllister (l.) gratuliert Dr. Philipp Rösler (FDP) zu seinen ersten vier Monaten im Amt.*

## Landespolitik in Kürze

• Justizminister Bernd Busemann will die flächendeckende Versorgung der Bürger und der Wirtschaft mit Notaren sicherstellen. Auch soll die Alterstruktur im niedersächsischen Notarwesen über die Ausschreibung weiterer Notarstellen verbessert werden, indem mehr jüngere Notare zugelassen werden. So sollen künftig in Amtsgerichtsbezirken, in denen weniger als 15 Prozent der dort benötigten Notare jünger als 50 Jahre sind, zusätzlich zum errechneten Bedarf so genannte „Altersstrukturstellen“ ausgeschrieben werden.

Das werden im Jahr 2009 landesweit bis zu 25 zusätzliche Notarstellen sein. Im Jahr 2010 könnten bis zu 16 weitere Stellen dazu kommen. „Die Tätigkeit der Notare dient der Rechtssicherheit und der Streitverhütung. Wir tun gut daran, ihren Amtscharakter nach besten Kräften zu stärken“, begründete Justizminister Bernd Busemann das Vorhaben.

\* \* \*

• Niedersachsen und Bremen erhalten bis 2013 zusätzlich 159,6 Millionen Euro: Das Landeskabinett hat heute dem Vorschlag von Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen zur Verteilung zusätzlicher EU-Mittel für das „Programm zur Förderung im ländlichen Raum“ (PROFIL) zugestimmt.

Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere für Investitionen im Milchsektor verwendet werden. Weitere Ziele sind die Anpassung an den Klimawandel, die Bewahrung der biologischen Vielfalt und die Verbesserung der Wasserwirtschaft. Die Landesregierung rechnet im Herbst mit einer Genehmigung durch die EU-Kommission.

## Hans-Christian Biallas: „Spitzensport wirksam fördern“



Am 12. und 13. Juni 2009 fand in Saarbrücken die Tagung der Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern statt.

Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Tagung war diesmal die Förderung des Leistungs- und Spitzensports in Deutschland.

Als Vorsitzender der Konferenz hatte ich als besonderen Gast den Vizepräsidenten für Leistungssport im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), Eberhard Gienger MdB eingeladen.

Eberhard Gienger, der als aktiver Sportler Turnweltmeister am Reck war, zeigte in seinem Vortrag auf, wie sehr der Spitzensport in seiner Entwicklung auf öffentliche Förderung und gesellschaftliche Wertschätzung angewiesen ist. In diesem Zusammenhang, so der Referent, nehmen die Sportart bezogenen Olympiastützpunkte, die in fast allen Bundesländern eingerichtet worden sind eine unverzichtbare Rolle ein. Insbesondere hoch professionelle Trainingsbedingungen seien die Voraussetzung für hervorragende Platzierungen bei internationalen Wettkämpfen. Auch die Bekämpfung des Doping im Sport müsse konsequent weiter verfolgt werden, waren sich Eberhard Gienger und die für die Sportpolitik zuständigen innenpolitischen Sprecher einig. Zum Abschluss der Tagung haben wir einen Maßnahmenkatalog beschlossen, dessen Umsetzung in

Bund und Ländern verfolgt werden soll. So sind wir z.B. der gemeinsamen Auffassung, dass die Betreuung der Athleten ganzheitlich erfolgen muss und somit eine Beratung beruflicher Perspektiven vor, während und nach dem Sport einschließen muss. Dies ist in besonderer Weise Aufgabe der Deutschen Sporthilfe. Darüber hinaus meinen wir jedoch, dass Bundes- und Landesbehörden verstärkt Spitzensportler einstellensollten. Hier kommen neben der Bundeswehr die Bundespolizei, der Zoll sowie die Landespolizeibehörden in Frage. So hat das Land Niedersachsen bereits jetzt schon einige Spitzensportler in den Dienst der Polizei eingestellt. Ebenso einig waren wir uns, dass die Dopingbekämpfung nicht nur den Gesundheitsschutz und der Wahrung der Fairness dient, sondern genauso der Chancen- und Wettbewerbsgleichheit sowie der Glaubwürdigkeit des Sports insgesamt. In diesem Zusammenhang hat der Spitzensport auch eine wichtige Vorbildfunktion für den Breitensport. Nur eine konsequente Verfolgung und Ahndung von Dopingverstößen sichert dem Spitzensport seine ethischen Grundwerte. Die Bekämpfung des Dopings ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder vom Staat noch vom Sport allein gelöst werden kann, sondern nur gemeinsam mit auskömmlichen finanziellen und personellen Mitteln. Weiter sprechen sich die innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU für die Fortführung unangemeldeter Trainingskontrollen aus. Außerdem ist es wichtig, die Dopingforschung und -analytik nach neusten Erkenntnissen weiterzuentwickeln. Die bekannt gewordenen Dopingfälle

im Spitzensport dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch im Freizeitsport und in anderen gesellschaftlichen Bereichen ein Dopingproblem weit aus größeren Ausmaßes gibt, das Handlungsbedarf erfordert. So führt die unsachgemäße, unkontrollierte Anwendung oft illegaler und unbekannter Dopingsubstanzen häufig zu schweren, lebenslangen körperlichen und seelischen Schädigungen. Gerade im Hinblick auf die herausragende Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft sind wir uns mit dem DOSB einig, dass notwendige Maßnahmen zur Dopingbekämpfung in enger Abstimmung zwischen den politisch Verantwortlichen und den Sportverbänden organisiert werden müssen.

### Landespolitik in Kürze



- 81 kommunalen Sportstätten können im Rahmen der Initiative Niedersachsen aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II saniert werden. Dank der schnellen Umsetzung der bereitgestellten Konjunkturmittel können die Kommunen bereits in den anstehenden Sommerferien mit den Maßnahmen beginnen, für die insgesamt rund 34 Mio. Euro bereitstehen. Die Liste der geförderten Projekte finden Sie unter

[www.mi.niedersachsen.de/master/C56356989\\_N13619\\_L20\\_D0\\_I522.html](http://www.mi.niedersachsen.de/master/C56356989_N13619_L20_D0_I522.html)

## 600 km gegen Kinderarmut in Deutschland

Benefizläufer glücklich zurück



Der Benefizlauf des Vereins „Sportler 4 a childrens world“ gegen Kinderarmut in Deutschland führte die Läufer vom Startort Osnabrück über Hannover zum Ziel nach Berlin. Hauptläufer John McGurk (im Bild mit Kilt) stattete mit seiner Truppe dabei seinem Landsmann David McAllister im

Landtag einen Besuch ab. Im Büro des CDU-Fraktionsvorsitzenden konnten sich die Benefizläufer bei kühlen Getränken ein wenig von den Mühen erholen. Auf der gesamten Strecke sammelten die Läufer 40.000 Euro, die einer karitativen Einrichtung für Kinder in Berlin zu Gute kommen.

## Frauen der CDU-Landtagsfraktion trafen sich zum politischen Seminar in Berlin

Die weiblichen Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion haben sich zu einem politischen Seminar in Berlin getroffen. Im Mittelpunkt stand ein Treffen mit den niedersächsischen Kolleginnen der CDU-Bundestagsfraktion. Vielfältige Themen aus der Bundes- und Landespolitik wurden dabei erörtert.

Gisela Konrath, Sprecherin der weiblichen Abgeordneten der CDU-Fraktion Niedersachsen, hatte das Seminar organisiert. „Wir wollen den Austausch und die gemeinsame politische Arbeit fördern. Ein Gegenbesuch in Hannover ist bereits in Planung“, erklärte Gabriele Kohlenberg.

Am Abend empfing Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen die Politikerinnen zum Gespräch über die Familienpolitik auf Bundesebene. Zum Ausklang stand ein Vortrag des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Verteidigung, Thomas Kossendey MdB, zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland auf dem Programm.



V. l. n.r.: Heidemarie Mundlos, Anette Meyer zu Strohen, Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen, Gudrun Pieper, Gisela Konrath, Ursula Ernst, Ingrid Klopp, Gabriela Kohlenberg



Die CDU ist bei der Europawahl erneut als die europapolitische Kraft in Niedersachsen bestätigt worden. SPD-Fraktionschef Jüttner hatte ausnahmsweise einmal Recht, als er prophezeite, die CDU würde bei dieser Europawahl ihr blaues Wunder erleben. Die Endgültigen Ergebnisse für Niedersachsen: CDU 39,2 %; SPD 27,3 %; Bündnis 90/Die Grünen 12,5 %; FDP 10,2 %; Linke 4,0 %

# Persönlich

Der BL stellt an dieser Stelle die neuen Abgeordneten in der CDU-Fraktion vor.



Am Strand, in der Heide oder im Harz geht **Elisabeth Heister-Neumann** neben der Politik sehr gerne mit ihrer Familie wandern.

• **Warum ich mich landespolitisch engagiere?**

Landespolitik bestimmt in vielen wesentlichen Bereichen unmittelbar das Leben der Menschen, zum Beispiel in der Bildung oder auch der Inneren Sicherheit. Hier möchte ich den Bürgerinnen und Bürger aus der Region eine Stimme geben.

• **Welches politische Ziel möchte ich innerhalb dieser Legislaturperiode verwirklichen?**

Ich möchte für die Schülerinnen und Schüler die Schulstruktur zukunftsfähig ausrichten. Für mich ist dabei die Qualität der Schule ein ganz wesentlicher Faktor.

• **Tipps für Urlaubsreisen:**

Niedersachsen lohnt sich immer als Urlaubsland. Radfahren im Ammerland, die Milchbar auf Norderney oder Hirschschinken in den Rabenklippen im Harz zu genießen, kann ich sehr empfehlen.

**Name:**

**Elisabeth-Heister Neumann**

**Geburtsdatum:**

17.06.1955

**Familienstand:**

verheiratet, 2 Kinder

**Beruf:**

Juristin, Kultusministerin

**Wahlkreis:**

11-Salzgitter

**Kontakt:**

Niedersächsisches

Kultusministerium

Schiffgraben 12

30159 Hannover

Telefon: 05 11 / 1 20 - 7103

Telefax: 0511 / 1 20 - 7454

**E-mail:**

elisabeth.heister-

neumann@mk.niedersachsen.de

[www.heister-neumann.de](http://www.heister-neumann.de)



Der Landtag hat jetzt einen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen im Forschungsbergwerk Asse II eingesetzt. Für die CDU-Fraktion arbeiten folgende Abgeordnete und Mitarbeiter in diesem Gremium (v. l. n. r.): Jens Nacke (Ausschussvorsitzender, M.), Clemens Lammerskitten (stv.), Karl-Heinrich Langspecht (Sprecher, M.), Jörg Frevert (Mitarbeiter), Karin Bertholdes-Sandrock (M.), Anette Meyer zu Strohen (stv.), Frank Oesterhelweg (M.), Martin Bäumer (M.), Christoph Dreyer (stv.), Kai Seefried (stv.), Hennig Brandes (stv.) und Alexander Sick (Mitarbeiter). Nicht auf dem Bild: Dirk Toepffer (M.), Ansgar Focke (stv.) (M = Mitglied, stv. = stellvertretendes Mitglied).

## Aktuelle Termine

- Freitag, 19. bis Samstag 21. Juni 2009, Tag der Niedersachsen in Hameln

- Dienstag, 23. Juni 2009, gemeinsame Fraktionssitzung von CDU und FDP zu den Beschlüssen der Landesregierung zum Haushalt 2010

- Dienstag, 4. August 2009, Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion

- Mittwoch, 26. bis Freitag 28. August 2009, ganztägig **Plenum**  
Ort: Niedersächsischer Landtag

## IMPRESSUM

CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Verantwortlich:  
Thomas Dückers, Pressesprecher  
Sabine Busse, Sekretariat Presse

Telefon (05 11) 30 30 - 41 18  
Telefax (05 11) 30 30 - 48 54  
thomas.dueckers@lt.niedersachsen.de